

Chancen der Demokratie in Südafrika

Ohne Kompromisse droht Anarchie

Klaus Frhr. von der Ropp

Mitte November 1993 einigten sich nach über dreijährigen Verhandlungen in Kempton Park/Johannesburg die Regierung von Staatspräsident Frederik Willem de Klerk, die Allianz von Afrikanischem Nationalkongreß (ANC) und Südafrikanischer Kommunistischer Partei (SACP) sowie einige marginale Parteien auf eine Übergangsverfassung für die Kap-Republik. Damit wurde die in fast 350 Jahren gewachsene und in der Zeit von 1948 bis 1988 sogar in Gesetze gekleidete Apartheid oder Rassentrennung endgültig aufgegeben. Die bislang für den Außenstehenden unvorstellbar tief gespaltene Gesellschaft — Apartheid reichte bis in die katholischen Klöster — von dreißig Millionen schwarzen, fünf Millionen weißen, drei Millionen gemischtrassischen und einer Million indienstämmigen Südafrikanern wird demnach künftig in einem Staat leben, dessen Verfassung, sieht man von dessen ausgeprägtem Föderalismus ab, in vielem dem deutschen Grundgesetz nachgestaltet wurde.

Demokratie ohne Basis

Die Übergangsverfassung wird noch in diesem Jahr in Kraft gesetzt werden. Dasselbe gilt für den sog. Transitional Executive Council (TEC) — eine Art Nebenregierung —, in dem außer der ANC/SACP-Allianz und der Nationalen Partei (NP) de Klerks auch die anderen Parteien vertreten sein werden, die das Abkommen von Kempton Park unterzeichnet haben. Zu seinen bedeutsamsten Aufgaben gehört, die Integration der offiziellen Streitkräfte Südafrikas mit den ca. sieben „privaten“ Armeen von Befreiungsbewegungen und sonstigen Machthabern voranzubringen. Schon Ende April 1994 werden erstmals in 350 Jahren allgemeine Wahlen stattfinden. Das aus ihnen hervorgehende Parlament wird für fünf Jahre gewählt sein und zugleich als Verfassungsgebende Versammlung zur Erarbeitung der endgültigen Verfassung fungieren. Bis (mindestens) 1999 wird Südafrika von einer Regierung der Nationalen Einheit regiert werden. Dem wahrscheinlichen neuen Staatspräsidenten Nelson Mandela wird ein zwanzigköpfiges Kabinett zur Seite stehen. Darin werden alle Parteien vertreten sein, die fünf und mehr Prozent der Wählerstimmen erringen konnten; es wird jedoch nicht einstimmig, sondern mit Mehrheit entscheiden.

Die Einigung von Kempton Park mag ein Wunder sein. Noch wagt aber kaum jemand daran zu glauben, daß sich dieses Wunder in der Praxis wird behaupten können. Zu ungünstig erscheinen, dies trotz der übergroßen Bereitschaft Mandelas zur Versöhnung, die Starbedingungen: Apartheidbedingte Mißwirtschaft, Sanktionen, die Flucht aus- und inländischen Kapitals und die Verunsicherung über die künftige Wirtschaftspolitik — die SACP verfügt in dem ANC-nahen, mächtigen Gewerkschaftsdachverband COSATU über sehr viel Einfluß — haben landesweit zu einer Arbeitslosenquote von 50 Prozent geführt; in der östlichen Kap-Provinz liegt sie inzwischen über 70 Prozent. Daraus wie aus dem Fehlen jeder demokratischen und, noch wichtiger, rechtsstaatlichen Kultur — schließlich konnte das schwarze Südafrika seine Rechte nur dadurch durchsetzen, daß es, wo immer möglich, gegen bestehendes Recht verstieß (Vincent Maphai) — folgt eine Fülle schwerster und anderer Verbrechen, die in der Regel nicht geahndet werden. So werden pro Tag mehr als 60 Menschen ermordet, davon zehn Prozent aus politischen Gründen. Nur mit Hilfe drakonischer Notstandsgesetze wird es möglich sein, Millionen von Jugendlichen — deren Unmut gegen die in ihren Augen zu kompromißbereite ANC-Spitze äußert sich bereits heute bei Veranstaltungen der ANC-Jugendliga („Vergeudet eure Kugeln nicht, bewahrt sie für de Klerk auf!“) daran zu hindern, zu revoltieren.

Versagen de Klerks

Erschwert wird der Neubeginn ferner durch die Inkatha Freedom Party (IFP) konservativer Zulus und die Afrikaaner Volksfront (AVF) des charismatischen Generals Constand Viljoen, die die Absprachen von Kempton Park bekämpfen. Die IFP dürfte heute noch etwa ein Drittel der Zulus, der größten ethnischen Gruppe, repräsentieren. Zur AVF haben sich im Mai 1993 um die zwanzig Gruppen und Parteien weißafrikanischer, vor allem afrikaanser Kritiker de Klerks zusammengeschlossen. Sie decken ein breites politisches Spektrum ab: von der Afrikaaner Volksunie — sie fordert mit Argumenten, die denen der deutschen Regierung ähnlich sind, wenn sie der Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen das Wort redet — einen „Volksstaat“ der Afrikaaner bis hin zu der



Weiße und schwarze Südafrikaner besiegeln nach schwierigen Verhandlungen die neue provisorische Verfassung: ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa (links) und Verfassungsminister Roelf Meyer am 18. November 1993 in Kapstadt.

Foto: ap

faschistischen Afrikaaner Weerstandsbebewegung, die in der ANC/SACP-Allianz den Antichristen sieht. Hinter der AVF dürften heute zwei Drittel der Weißen stehen. Sehr viele Polizisten, Berufssoldaten, Angehörige der Bürokratie sowie Bergleute, die ein Berufsleben lang mit Explosivstoffen gearbeitet haben, und Mitarbeiter von Unternehmen der Energieversorgung unterstützen heute die AVF. Das verleiht ihr, ob nun mit oder ohne IFP, Chaosmacht. Gegen sie wird selbst ein drakonisches Notstandsregime nichts ausrichten können. Mit Recht werfen IFP und AVF de Klerk vor, daß er in Mißachtung der Gründe für das Zerbrechen der Vielvölkerstaaten am Horn von Afrika sowie in Ost- und Südosteuropa für Südafrika schließlich doch ein System (schwarzer) Mehrheitsherrschaft akzeptierte. In der Tat suchte die NP zuvor das

Existenzrecht der ethnischen Minderheiten dadurch abzusichern, daß Mehrheits- und Minderheitsparteien auf regionaler und auf nationaler Ebene (auf Dauer!) das neue Südafrika gemeinsam regieren würden, oder aber durch eine extreme Dezentralisierung des Staates.

Die NP und insbesondere de Klerk selbst waren bei dem Bemühen, diese Pläne durchzusetzen, überfordert. Die Aufgabe von Apartheid war eben nicht ihre Entscheidung, sondern geschah auf Drängen der von Botschafter Robin Renwick („Sir Robin — His Excellent Excellency“) geprägten britisch-amerikanisch-sowjetischen Diplomatie der Vermittlung der Jahre 1987/91. De Klerk und seine Mitstreiter waren dann aber ihren Gegenspielern in ANC und SACP intellektuell nie gewachsen und gingen in ihrer Konzessionsbereitschaft viel weiter, als es dem Briten Renwick vorschwebte. Er kannte das politische Gewicht der AVF und wußte, daß sie die Verfassung des Post-Apartheid-Südafrika um jeden Preis mittragen muß.

Die ANC/SACP-Allianz schätzt die Schwäche de Klerks und die Stärke der AVF sehr viel realistischer ein, als dies etwa das Gros der in Südafrika stationierten Diplomaten und Journalisten tut. Dank der Vermittlung liberaler afrikaaner Dissidenten um den früheren Oppositionsführer Van Zyl Slabbert führt sie daher seit Anfang August 1993 mühselige Verhandlungen mit der gesprächsbereiten AVF-Fraktion. Die letztere besteht auf der Schaffung eines Afrikaaner-Volksstaat, der wirtschaftlich mit dem übrigen Südafrika eng zusammenarbeitet, politisch jedoch unabhängig sein wird. Noch ist völlig unklar, wo — im nördlichen Transvaal oder im nördlichen und/oder westlichen Kap der Afrikaaner-Volksstaat gelegen sein und wie der unvermeidliche Bevölkerungsaustausch zu bewerkstelligen sein wird, da die AVF bislang unfähig war, hier eine einheitliche und moderate Position zu erarbeiten. Wenn ihr das gelingt, so werden ANC und SACP sie akzeptieren und außerdem der Region Kwa Zulu/Natal, der Hochburg der IFP, ein höheres Maß an Autonomie einräumen. Denn andernfalls wird, das weiß die ANC/SACP-Allianz nur zu gut, Südafrika mitsamt seinem Umfeld in Anarchie versinken.